

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Spaltung der Liberalen? Lloyd George ins Kabinett Macdonald?

London, 18. März. (Mentor.) In politischen Kreisen sind neuerlich Gerüchte über eine Krise in der liberalen Partei verbreitet. So wird z. B. behauptet, daß der bisherige Führer der liberalen Partei Lloyd George in die Regierung Macdonald eintreten werde. Die liberale Presse selbst sagt für die nahe Zukunft eine ganz bestimmte Abmachung zwischen der Regierung Macdonald und einer Gruppe der liberalen Partei voraus. Das Ziel dieser Vereinbarung wäre ein umfangreiches gesetzgeberisches Programm. Gleichzeitig würde, wie es heißt, der rechte Flügel der liberalen Partei sich an die konservative Partei anschließen. Allgemein bekannt ist, daß Ministerpräsident Macdonald eine Rekonstruktion des Kabinetts vornehmen will.

Der Vorwand zur Rückkehr in den Reichstag gelunden.

Berlin, 18. März. Aus führenden Kreisen der Opposition wird den Blättern folgendes mitgeteilt: „Von mittelparteilicher Seite ist im Reichstag verlangt worden, daß der polnische Handelsvertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes parlamentarisch erledigt werden soll. Ein Teil der Regierungspresse hat sich diese Forderung zugeeignet. Sollte der Plan verwirklicht werden, so würden die aus dem Reichstage ausgezogenen 151 Abgeordneten geschlossen zu dieser Abstimmung erscheinen, um den gegen die Ostmark und die Landwirtschaft gerichteten vernichtenden Schlag abzuwehren; sie werden dann den Reichstag wieder verlassen.“

Die Einschränkung der Rückkehr auf einen bestimmten Fall kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um einen politischen Rückzug in aller Form handelt, denn durch den Auszug wollte Dugandberg die bürgerlichen Parteien dem Druck der zahlenmäßig gegebenen sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit aussetzen und sie zu einer Preisgabe des Kabinetts zwingen und zum Antritt an die radikale Rechte zwingen. In weiterer Folge erhoffte man sich die Verdrängung eines Rechtsradikalen mit der Kabinettsbildung. — Eine Mehrheit gegen den polnischen Handelsvertrag würde sich nach der Rückkehr der Opposition nur dann ergeben, wenn auch die Kommunisten mit Deutschnationalen und Polenfreunden gegen den Handelsvertrag stimmen sollten.

Die begrabene Zollkonvention.

Genf, 18. März. Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes hat heute vorläufig ihre Arbeiten abgeschlossen mit der Annahme eines Protokolls, worin festgestellt wird, daß die Völkerbundskonvention nicht in Kraft gesetzt werden konnte und daß die Konferenz sich auch über die Möglichkeit einer späteren Inkraftsetzung nicht einig konnte.

In der Schlusssitzung der Konferenz sprach sich der Präsident Colijn dafür aus, daß die Staaten nunmehr nicht von der ihnen ab 1. April gegebenen Möglichkeit Gebrauch machen, die Handelsverträge zu kündigen und zu neuen Zollhöhen zu schreiten. Auf ein kurzes Dankeswort des Vertreters Großbritanniens Chapman, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Vertreter der europäischen Regierungen sich bald wieder unter dem Vorsteh des Präsidenten Colijn versammeln würden, erwiderte Colijn, daß er sich von einer neuen Konferenz in absehbarer Zeit keinen Erfolg verspreche.

Hermann Müller.

Berlin, 18. März. Nachdem schon in den Nachmittagsstunden das Befinden des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller sich verschlechtert hat, war in den Abendstunden eine leichte Besserung festzustellen. In Anbetracht des ungewöhnlich wechselvollen und schweren Krankheitsbildes des Patienten muß sich das amtliche Bulletin auf folgenden Satz beschränken: „Der Zustand des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller ist nach wie vor anhaltend ernst.“

Alfons begnadigt.

Paris, 18. März. Die Dadas aus Madrid melden, daß der König die Begnadigung des vom Kriegsgericht in Jaco zum Tode verurteilten Hauptmannes Sediles unterzeichnet. Das Dekret wird morgen veröffentlicht werden.

Der Konflikt in der Haida-Steinböhmener Glasindustrie. Ein letzter Vorschlag der Glasarbeiterverbände.

Teplitz-Schönau, 18. März. Bekanntlich haben die Unternehmer der Haida-Steinböhmener Glasindustrie den Organisationen der Arbeiterschaft ein Ultimatum gestellt, den von ihnen diktierten Lohnabbau anzunehmen, widrigenfalls nach dem 18. März die Werke geschlossen werden. Dieses Ultimatum, das einen wesentlichen Lohnabbau vorsieht, konnte die Arbeiterschaft unmöglich annehmen. Die Vereinigten Verbände der Glasarbeiter haben deshalb heute an den Arbeitgeberverband der Glasindustriellen eine Eingabe gerichtet, in welcher neue Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes gemacht werden.

In den Vorschlägen, die als endgültig bezeichnet werden, wird bezüglich des Lohnverlustes des Kollektivvertrages ausgeführt, daß als äußerste Grenze nachstehende Lohnabzüge vom Nettoverdienst angesehen werden können: a) Bei einem Wochenlohn bis zu 160 K erfolgt bei den Facharbeitern und Zeitlohnarbeitern kein Lohnabzug. b) Bei einer Fünftageswoche erfolgt ein Lohnabzug von 2 Prozent, c) bei einer Sechstageswoche erfolgt ein Lohnabzug von 4 Prozent. Diese Lohnabzüge gelten nur auf die Dauer des bestehenden Kollektivvertrages, können aber im Rahmen des Vertrages jederzeit auf vier Wochen gekündigt werden. Die

Bergarbeiterentlassungen im Brüxer Braunkohlenrevier.

Brüx, 18. März. Heute früh wurde der Revierarzt verständigt, daß am 27. März 1. J. hundert Bergarbeiter bei den Brüxer Kohlenwerken entlassen werden müssen. Die Entlassungen verteilen sich auf folgende Schächte: Johann I.: sechzig Mann, Johann II.: zehn Mann und Pluto: dreißig Mann. In der Zukunft der Brüxer Kohlenwerke heißt es, daß, je nachdem wie sich die saisonmäßige Geschäftslage im Frühjahr auswirken wird, in der Zeit vom 15. April bis Ende Juli noch weitere Kündigungen erfolgen werden, die jedenfalls die Ziffer von dreihundert Mann erreichen werden, im ungünstigsten Fall jedoch 650 bis 700 Mann betragen können. Die

Aus dem Parlament.

Prag, 18. März. Im Parlament fand heute im Beisein des Justizministers eine Besprechung der Mitglieder der beiden Verfassungs-Kommissionen, soweit sie der Koalition angehören, statt. Gegenstand der Beratungen waren die Beilegung der Differenzen wegen der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Änderungen an der Konstitutions- und Ausgleichsordnung. Man einigte sich dahin, an Stelle der vorgeschlagenen Ausgleichsquoten von 40 und 50 Prozent (bei Jahlung innerhalb eines, beziehungsweise zweier Jahre) eine einheitliche Mindestquote von 45 Prozent, längstens in zwei Jahren zahlbar, gesetzlich festzusetzen. Die vom Senat angenommene bogenförmige Behandlung der Kreditorenvereine hinsichtlich ihrer Kosten im Ausgleichsverfahren wird wieder abgeschafft werden. Morgen werden im Abgeordnetenhause die entsprechenden Abänderungsanträge in Form eines Koalitionsantrages im Plenum gestellt und voraussichtlich angenommen werden. Der Senat, an den die Vorlage dann erneut zurückgehen muß, wird sich der beschlossenen Änderung nicht weiter entgegenstellen, sondern die Vorlage so rasch wie möglich verabschieden.

Auch hinsichtlich der Mineralölsteuer wurde heute innerhalb der Koalition eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte erzielt. Die Steuer dürfte in der von der Regierung vorgeschlagenen Höhe angenommen werden, dagegen soll die drückende Steuer von Motorfahrzeugen, die früherzeitlich durch das Gesetz über den Straßenfonds eingeführt wurde, um 25 Prozent herabgesetzt werden, und zwar nicht nur für Personenvagen, sondern auch für Lastwagen und Autobusse. Falls der Betrag der neuen Mineralölsteuer 150 Millionen jährlich übersteigt, soll der Überschuß zu einer weiteren Herabsetzung der Kraftfahrzeugsteuer benutzt werden, so daß diese Steuer bei normaler Weiterentwicklung des Automobils in vier oder fünf Jahren überhaupt verschwinden dürfte.

Hinsichtlich der Einziehung der Eger und Warch in die Wasserstraßenvorlage wurde der

treten nur dann in Kraft, wenn der Kollektivvertrag vom 23. November 1929 inklusive der Tarifierungsbestimmungen und der Lohnzuschläge von 1 bis 2,5 Prozent aufrecht erhalten und bis zum 31. März 1932 verlängert wird; wenn ferner alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor dem Ausbruch des Lohnkonfliktes beschäftigt waren, ausnahmslos aufgenommen werden und die Zeit des Lohnkonfliktes nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet wird; wenn alle sozialpolitischen Rechte wie Urlaub usw. unangetastet bleiben, wenn keine Maßregelung erfolgen und die früheren Betriebsansprüche in Funktion bleiben sowie keine sonstigen materiellen Nachteile für die Arbeiter aus dem Lohnkonflikt erwachsen.

Mit diesen Vorschlägen haben die Arbeiterverbände eine neue Basis für Verhandlungen geschaffen, haben aber gleichzeitig erklärt, daß sie damit das äußerste Entgegenkommen an den Tag gelegt haben. Es liegt nun an den Arbeitgebern allein, den Konflikt beizulegen. Sollten sie wider Erwarten die Vorschläge der Vereinigten Verbände der Glasarbeiter ablehnen, dann fällt die Schuld an den Folgen und die Verantwortung allein auf den Arbeitgeberverband der Glasindustriellen.

Belegschaft der Brüxer Kohlenwerke zählt derzeit 4130 Mann.

In der Begründung führten die Brüxer Kohlenwerke an, daß durch Befahrung von drei Schächten in der Woche die tieferen Gruben unter großem Druck sehr leiden, daß die Depots überfüllt sind und keine Aussicht auf eine Besserung der Beschäftigung besteht.

Aus dieser Entlassung geht hervor, daß sich die Lage im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier in der letzten Zeit weiter verschlechtert hat, wenn auch der Rückgang der Förderung vornehmlich auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist. Zum Teil dürften die Entlassungen aber zweifellos auch mit der fortschreitenden Rationalisierung im nordböhmischen Kohlenbergbau zusammenhängen.

entsprechende Abänderungsantrag, der von der Koalition im Plenum eingebracht werden soll, bereits fest vereinbart.

Das Subkomitee des verfassungsrechtlichen Ausschusses beendete heute die Beratungen des kleinen Zuteilungsgesetzes. An der Regierungsvorlage wurden einige grundsätzliche Änderungen vorgenommen; u. a. wurde die Frist, innerhalb welcher der Abverkauf von aus der Bodenreform erworbenen Grundstücken nur mit Zustimmung des Bodenamtes gestattet ist, für keine Bodenerwerber (bis zu 5 Jektar) von fünf auf vier Jahre herabgesetzt. Mit den Vertretern des Bodenamtes wurde die Zuteilungsverfunde für keine Bodenerwerber definiert geregelt. Nach Bearbeitung der Materie wird das Subkomitee dem Ausschussplenum in der nächsten Sitzung Bericht erlangen.

Stimmenhaltung der Sozialdemokraten

bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B.

Berlin, 18. März. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist heute abends zu einer Sitzung zusammengesetzt, in der die Entscheidung über die Stellung zum Etat, insbesondere zu dem Haushalt der Reichswehr und der Marine, gefällt werden soll. Die Beschlußfassung war bisher ausgefallen worden, weil noch Verhandlungen mit der Regierung über Zugeständnisse auf steuer- und sozialpolitischem Gebiet geführt wurden. Diese Verhandlungen haben indes kein befriedigendes Ergebnis gehabt; lediglich die Erhöhung der Familiensteuer dürfte erfolgen, wozu allerdings noch das Versprechen des Reichsarbeitsministers tritt, keine weiteren Lohnsenkungen mehr vorzunehmen.

Bei der Beschlußfassung der Fraktion stieg wieder die Frage des Panzerkreuzers auf; es wurde beschlossen, sich mit Rücksicht auf die bekannte politische und parlamentarische Situation bei der Abstimmung über die erste Variante ebenso wie im Ausschuss der Stimme zu enthalten.

Die „Köpfe rollen“. Und zu wessen Nutzen?

Politische Wortdaten stehen in Deutschland auf der Tagesordnung. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß dort die Revolver krachen, politische Meinungsverschiedenheiten mit Knütteln, Dolchen und Revolvern ausgetragen würden. Sicher ist, daß auch die Kommunisten den Kampf gegen ihre politischen Gegner in den Formen physischer Gewaltanwendung führen, aber was sich die aus der geistigen Erziehung der Stiller und Goebbels hervorgegangenen Nazihorden leisten, das ist schon planmäßiger, verrückter Mord. Ermittelt durch die deutsche Justiz, die zur europäischen Kulturshande geworden ist und durch einen Teil der bürgerlichen Presse, der kein Wort der Verurteilung der immer häufiger werdenden Blut- und Greuelthaten der Nazis findet, oft sogar seine Sympathien mit ihnen kaum mehr verbüllt, reihen die faschistischen Stillerhorden Mordtat an Mordtat an und längst ist bekannt, daß diese Morde geradezu parteiamtlich vorbereitet werden und daß eine eigene Mordzentrale besteht, welche die Aufgabe hat, die Mörder nach vollbrachter Tat mit Geldmitteln und Fahrzeugen zu versehen und sie über die Grenze in Sicherheit zu bringen. Als Scharführer vor kurzem ankündigte, die republikanisch gestimmten Elemente würden die ständigen Ausschläge der nationalsozialistischen Mordtaten weiterhin nicht ruhig hinnehmen und ihnen mit gleicher Münze heimzahlen, schrieb deren Presse: „Döring predigt den Bürgerkrieg! Wie weit aber ist Deutschland noch von ihm entfernt! Kein Mensch, soferne er nicht der Banditenpartei Stiller angehört, kann sich bald mehr sicher fühlen, auf offener Straße nicht der Revolverkugel eines der faschistischen Mordtaten zum Opfer zu fallen. Ein Zustand, der sich von einem Bürgerkrieg kaum mehr unterscheidet, nur daß dieser vorläufig noch einseitig geführt wird.“

Das beredteste Zeugnis von der Bestrafung und Brutalität, die sich unter der geistigen Erziehung des Dakenkreuzes ausbreitet, gibt die faschistische Mordtat in Hamburg am letzten Sonntag. Drei mit Revolvern ausgerüstete Dakenkreuzbanditen bestiegen einen Autobus, in dem sie das kommunistische Hamburger Bürgerchaftsmittel Ernst Henning wußten, kommandieren plötzlich mit vorgehaltenen Revolvern den Mitfahrenden: „Hände hoch!“ und eröffnen auf Henning, nachdem sie ihn zur Ausweisleistung gezwungen hatten, ein Schnellfeuer, durch das dieser auf der Stelle getötet und mehrere der im Autobus anwesenden Personen schwer verletzt werden. Das Hauptblatt unserer Nationalsozialisten, der „Tag“, weiß natürlich nicht, wie es diese bestialische Abschachtung eines politischen Gegners rechtfertigen könnte und so läßt es sich „berichten“, die Attentäter seien in einer „unbeschreiblichen Wut“ gewesen, die sie nur mit Mühe bemeistern konnten, bis sich eben diese Wut Bahn brach. Höchst merkwürdig, daß diese unbeschreibliche Wut bei allen drei Dakenkreuzbanditen zu gleicher Zeit explodierte, daß sie sich alle drei gleichzeitig erhoben, in der gleichen Minute die Revolver zogen und „Hände hoch!“ riefen und schließlich gleichzeitig zu feuern begannen! Noch merkwürdiger, wie sie nach dem Geständnis des „Tag“ in diese „unbeschreibliche Wut“ verjert worden sind! Die Nationalsozialistische Parteileitung wollte in Erfahrung bringen, was in der kommunistischen Verjammung, in welche Henning delegiert worden war, gesprochen wurde und darum schickte sie einen ihrer Spione in die Verjammung, zu dessen „Schulze“ sie ihm die drei — mit geladenen Revolvern versehenen — Hamburger Nationalsozialisten beigab. In der Verjammung sei nun in einem Tone gesprochen worden, der angeblich die vier Leute „in höchstem Grade erregte“. Wenn der „Ton“ die Rechtfertigung für Blutthaten, wie es die Hamburger ist, wäre, wie müßte es jedesmal nach

eine normale Friedensindustrie wieder ins Leben zu rufen. Das Land ist erschöpft. Das Budget des laufenden Jahres weist ein Defizit von 300 Millionen Zł. auf; diese Summe wird die enorme Verschuldung Polens steigern, das wirtschaftliche Leben noch mehr untergraben und unhaltbar machen.

Erstlich wird das polnische Volk aus der Leihgarchie erlöst, eine Friedenspolitik, eine Politik des friedlichen Aufbaues verlangt. Dann aber müssen andere politische Persönlichkeiten ans Ruder kommen und auch andere politische Methoden.

Die Arbeiter- und Bauernparteien des Landes bereiten sich für diese innere Zerlegung des polnischen Faschismus vor.

Die Landesgeldinstitute.

Debatte in der böhmischen Landesvertretung.

Prag, 18. März. Heute beendete die böhmische Landesvertretung ihre Märzsession, die nur zwei Tage in Anspruch genommen hatte. In der Sitzung wurde eine Reihe von Justiztraktanten einzelner Mitglieder der Landesvertretung den verschiedenen Ausschüssen zugewiesen.

Größere Beachtung fand nur eine Debatte über die Landesgeldinstitute. Bekanntlich bereitet die Regierung einen Gesetzentwurf über die Vereinigung der Landesgeldinstitute vor, darunter in Böhmen der Landesbank und der böhmischen Hypothekendarlehenbank. Es wurde nun sowohl vom Vertreter des Landesauschusses als auch von Mitgliedern der Landesvertretung heftig kritisiert, daß es das Ministerium des Innern nicht für notwendig befunden hat, der Landesvertretung den Gesetzentwurf vorzulegen, obwohl die Angelegenheit das Land Böhmen mehrerordentlich betrifft, da ja das Land die Garantie für beide Landesgeldinstitute leistet. Der Entwurf wurde zwar dem Landesauschuss vorgelegt, und zwar mit der Aufforderung, binnen drei Tagen sich dazu zu äußern. Die Landesvertretung beschloß nun, an die Regierung das Verlangen zu stellen, den Gesetzentwurf über die Landesgeldinstitute der Landesvertretung zur Anhörung vorzulegen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach die Vertreter des Landes in den Landesgeldinstituten nicht vom Landesauschuss, sondern von der Landesvertretung bestimmt werden sollen.

Schule und Landesvertretung.

Auf der Tagesordnung der böhmischen Landesvertretungssitzung stand u. a. auch der Antrag des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter auf Einrechnung sämtlicher schulpflichtigen Kinder, welche auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von den Schulbehörden aufgenommen werden können. Dazu sprach Gen. Illner und betonte in entschiedener Weise, daß für unsere Partei die Herabsetzung der Höchstzulassung in einer Klasse keine Priorität ist, sondern mit der größten Hartnäckigkeit verfolgt werden wird. Obwohl schon viele mal von dieser Stelle aus die Notwendigkeit der Verminderung der Schülerzahl in einer Klasse betont wurde, müssen wir diese Frage immer wieder aufrollen und besprechen. Die gesamte Landesvertretung muß sich mit ihrer ganzen Energie einsetzen, daß von den Schulbehörden ihre Beschlüsse respektiert und durchgeführt werden. Insbesondere sollte der Landesauschuss seine volle Kraft einlegen, daß diese Beschlüsse überall — auch im Finanzministerium — beachtet werden. Die Erleichterung bei der Klasseneinrichtung hat nicht bloß für das Schuljahr 1929-30 zu gelten, sondern bis 1932-33, wo dann gesetzlich die Höchstzulassung in den Volksschulen und Bürgerschulen sinkt. Bei der Behandlung der verschiedenen Schulanträge in der Landesvertretung ist so recht deutlich die Unhaltbarkeit, Härte und Rückständigkeit der Verwaltungsreform und des Finanzgesetzes zum Vorschein gekommen. Wir müssen auf dem Gebiete des Schulwesens zu einer Angleichung kommen. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die Minderheitschulen eine so exponierte Vorzugstellung gegenüber den allgemeinen Schulen einnehmen. Was Schulautonomie bedeutet, sehen wir am besten an den gut fundierten und gut eingerichteten landwirtschaftlichen Schulen des Landes. Heute werden 4 B. Minderheitschulklassen schon bei 25 Schülern parallelisiert, während an den öffentlichen Volksschulen derzeit erst bei 71 Kindern die Klassen geteilt werden. Nicht einmal die Ausländer und schulpflichtigen ortsfremden Kinder werden berücksichtigt. Ebenso werden bereits bestehende Klassen wieder aufgelassen, wenn dieselben über 50 Schüler haben — also ganz entgegen dem Landesvertretungsbeschlusse. Es gibt über 50 Volks- und Bürgerschulklassen, die mit über 60, ja teilweise sogar mit über 70 Kindern vollgepfert sind. Solche Zustände sind auf die Dauer unhaltbar, unpädagogisch und unhygienisch. Außerdem liegen heute noch eine ganze Menge Ansuchen im Landesfiskus unerledigt. Die Direktion trägt ganz besonders in der Schulverwaltung ihre wertvollsten Blüten und wir fordern, daß man doch endlich einmal auch der Zusammenfassung des Landesschulrates eine größere Beachtung schenkt, denn ihn bis zur endgültigen Regelung der Gesamtschulverwaltung zusammenzulegen.

An besseren Schulverhältnissen haben nicht bloß die Fachleute ein Interesse, sondern ganz besonders die Eltern- und Schülerschaft — mit hin das gesamte Volk.

Und sie sind doch Gelbe!

Die Geldquellen der Itakenkruzler.

Die Nationalsozialistische deutsche „Arbeiter“-partei hat zu den Betriebsräten in Deutschland eigene Listen aufgestellt. Und es gibt tatsächlich unaufgeklärte Arbeiter, die auf den erbärmlichen Schwindel dieser einzigartigen „Sozialisten“ hineinfallen, die mit verteilten Rollen zu arbeiten pflegen. Die wahre Gesinnung dieser gut getarnten Kapitalisten, die manchmal ja so etwas wie Gegnerschaft den Ausbeutern des Volkes gegenüber zu mimieren versuchen, offenbart ein Geheimnisschreiben des Nazi-papstes Adolf Hitler, das die sozialdemokratische „Mainzer Volksstimme“ zu veröffentlichen in der Lage ist. Wir lesen da:

Reichsgeschäftsstelle München
Strausses Haus den 4. März 1931.
München, Erlenerstr. 45
Tel. 30665-67
Postfachkonto 11203.
An den Bankleiter des Kreises Offen
Geheim G./R. Darmstadt.

An Kampfschlagenden für den Gau Offen sind eingegangen 15.000 Mark. Beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Diederhoff, Dr. A. Diederhoff, Dipl.-Ing. Galtoll sowie die Direktoren Schindler und Jung.
Diese Spenden verpflichten bei

weiteren Einstellungen zur besonderen Auswahl von gesinnungsgerechten SA-Leuten, um dem Wachstum der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben unseres Gaus, teilweise entgegenzusetzen zu können und hauptsächlich aber bei den Betriebsräten unsere Macht noch mehr zu häufen.

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten, mit Hilfe größtmöglicher Propaganda jedes einzelnen SA-Mannes, eine Brücke in die Rot-Front-Partei schlagen, um den Endkampf für unser Drittes Reich zu erzwingen!

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer SA-Leute in die Betriebe obengenannter Gaus ist absolut einwandfreier Kenmund und restlose Gesinnungstreue Voraussetzung. Gediente Leute sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Konzeption hat dementsprechend seine Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.
gez. Hitler.

Das ist die nationalsozialistische „Arbeiter“-partei in Reinkultur! Großgefüttert und liebevoll gehalten von den Kommerzienräten, forumpiert bis ins Mark, so steht sie da, von Kopf bis zu Fuß bereit, mit den schaffenden Generaldirektoren, die sie subventionieren, für „soziale Gerechtigkeit“ und das „Dritte Reich“ in den Krieg zu ziehen!

Politisches Warenhaus -

Prinzipien zum Ausuchen.

Die Nationalsozialisten behaupten immer und gern, daß ihre Ideen funktionslos seien, etwas noch niemals dagewesenes seien. In Wirklichkeit stammt kein einziger Gedanke ihrer Theorien von ihnen selbst, nur das Durcheinander, der Ideenjale, den haben sie selbst angerichtet. Sie haben geistig alle bestohlen, von den Sozialisten bis zu den Deutschnationalen, und von den Kommunisten und Anarchisten bis zu den Bodenreformern und Freilandwirtschaftlern.

Mit dem Worte „Partei-genosse“ fängt es an. Woher haben es die Nationalsozialisten? Es stammt von den Sozialdemokraten, die sich schon immer untereinander den Ehrennamen Genosse gaben.

Die hochtrabenden Phrasen, von wo haben das die Nationalsozialisten geerbt? Von den Anarchisten, die die ökonomischen Zusammenhänge nicht verstehen und deswegen in fähligen Bildern die Worte mit Tatsachen verwechseln.

Sind die Nationalsozialisten für oder gegen das Privateigentum? Die Vermögen der Bank- und Börsenfürsten sollen entschädigungslos enteignet werden. Alle Großbanken, einschließlich der sogenannten Reichsbank, sind ungehindert in staatlichen Besitz zu überführen. (Antrag Dr. Fried. Dr. Goebbels, Feder usw. im Reichstag.) Wir fordern die Verstaatlichung aller Ertritte (Nationalsozialistisches Programm, 11. Punkt). Alle Privatmonopole sollen in die öffentliche Hand überführt werden, im besonderen jene, welche sich mit der Gewinnung von Bodenschätzen (Stahl, Erz, Kohle usw.), Wasserkraften usw. befassen; dann das Verkehrswesen, das Versicherungs- und das Anzeigewesen. Auch die Grundrente soll verstaatlicht werden.

Also sind die Nationalsozialisten gegen das Privateigentum?
„Heilig ist uns das Privateigentum, dessen Verwendung der Erhaltung unseres Volkes dient. Das Privateigentum soll ja nicht abgeschafft und durch das Eigentum des Staates oder der Gesellschaft ersetzt werden.“ (Völkischer Beobachter, 19. Oktober 1930.)

Also sind die Nationalsozialisten für oder gegen Mißbehalt der Belegschaften an den Betrieben?
Sie sind gegen den Mißbehalt, weil „dieser marxistisch ist“ und „in unversöhnlichem Widerspruch zum Führergedanken des Nationalsozialismus“ steht, aber sie fordern „kollektivistische Gewinnbeteiligung der Belegschaft“. Beides steht in

2619 km Staatsstraßen rekonstruiert.

Prag, 18. März. Heute fand in den Räumlichkeiten des Autoklubs die 7. Sitzung des Straßenausschusses statt. Ministerialrat Ing. Šebobada erwählte in seinem Referat, daß die laufenden Gesamteinnahmen des Straßensfonds im Jahre 1930 insgesamt 176.856.242,05 K betragen. Im Budget für 1931 ist in den tatsächlichen Ausgaben per 346 Millionen K ein Betrag von 85.700.000 K für die Verbesserung der nichtstaatlichen Straßen vorgesehen. Wenn das vorgeschlagene Gesetz über den Straßensfonds angenommen sein wird, ist allerdings eine bedeutende Erhöhung der laufenden Einnahmen des Fonds zu erwarten.

Oberlektionsrat Štánek gab sodann eine Übersicht über den Vorgang bei den Verbesserungsarbeiten an den Staatsstraßen. Die vorbereitenden Arbeiten zur Vergebung im Jahre 1931 seien beendet und es wurden bisher an Arbeiten und Verleistungen vergeben: In Böhmen für 1.81 Millionen, in Mähren-Schlesien 8.16, Slowakei 31.35 und Karpatenrußland 5.89 Millionen K, also insgesamt für rund 46 Millionen K. An nichtstaatlichen Straßen wurden bis zum 28. Februar 1931 in-

gesamt bereitgestellt: in Böhmen 1368 Km., Mähren-Schlesien 388 Km., Slowakei 298 Km. und Karpatenrußland 25 Km., insgesamt 2619 Km. Der Aufwand für diese Arbeiten betrug 359.076.090 K. Die weitere Entwicklung dieser Aktion ist vor allem von der Größe der Kredite abhängig, die durch die Novelle über den Straßensfonds für die Verbesserung der nichtstaatlichen Straßen sichergestellt werden wird.

Gemeinsamer Ausschuss der deutschen und tschechischen Kleinbauernverbände.

Prag, 18. März. Heute fand im Sidovyum in Prag eine Beratung der Vertreter des Verbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler in Teplitz sowie der Prager und Pilsener Verbände der tschechischen Kleinbauern und Häusler statt, in der die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses beschlossen wurde, der sich mit allen die Interessen der Kleinbauern und Häusler tangierenden Fragen befassen soll. Der Ausschuss, dessen konstituierende Sitzung Mitte April stattfindet wird, soll namentlich auch als ständiges Beratungsorgan der sozialdemokratischen Fraktionen in der Nationalversammlung und in der Landesvertretung in Agrarfragen fungieren.

Drei Streikende in Freudental verurteilt.

Genosse Joll legt ihre Haftentlassung durch.

Am Dienstag kam es in Freudental, wo die Textilarbeiter nun schon die zehnte Woche im Streik stehen, zwischen Gendarmen und Streikenden zu Zusammenstößen. Die Gendarmerie ging sehr scharf vor und verhaftete drei der Streikenden; einer von ihnen, der sich losriß und zu flüchten versuchte, wurde von Gendarmen bis in das Arbeiterheim verfolgt und dort festgenommen.

Neber sofortige Interrogation des Senators Gen. Joll, der sich in Freudental aufhält, wurden die Verhafteten am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auch in Freudental hatten die Behörden die Zusammenziehung eines größeren Gendarmereiaufgebotes zum Schutz der berühmten Ruhe und Ordnung für unbedingt nötig gehalten. Wobin diese Methoden schließlich führen, zeigen die gestrigen Zusammenstöße, die sich sicher hätten vermeiden lassen, wenn bei solchen Anlässen nicht immer die bewaffnete Macht in Massen zum Schutz des — gar nicht bedachten — Eigentums der Unternehmer in Bewegung gesetzt würde. Daß sich der Arbeiter, die seit vielen Wochen in hartem Kampf gegen Unternehmervillkür stehen, schließlich eine erregte Stimmung bemächtigt, ist selbstverständlich. Zur Beruhigung der Bevölkerung tragen dann solche Methoden, wie sie seitens der Behörden in Freudental praktiziert wurden, auf keinen Fall bei. Es wäre höchste Zeit, daß die politischen Behörden diese veralteten Methoden aufgeben und sich in Lohnkämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern auf strengste Neutralität beschränken. Die Machtverhältnisse sind bei derartigen Lohnkämpfen ohnehin höchst ungleich verteilt; es geht keinesfalls an, daß auch noch die staatlichen Machtmittel einseitig zugunsten der Unternehmer in die Waagschale geworfen werden!

Mitteuropäische Wirtschaftsagung.

Vorzugszölle gefordert.

Wien, 18. März. (AP.) Die VI. Mitteleuropäische Wirtschaftsagung, zu der 180 Delegierte aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien erschienen sind, wurde heute vormittag eröffnet. Nach einleitenden Worten des Präsidenten Tizgner, begrüßte Bundespräsident Miklas die Tagung. Bundeskanzler Dollfuß erörtert in seiner Begrüßungsansprache an die Idee der regionalen Präferenz (Vorzugszölle) und betonte die Notwendigkeit des industriellen und agrarischen Ausgleichs in Mitteleuropa.

Das erste Referat erstattete Dr. Otto Franz von Aggram und Blaslovics-Rumänien. Dr. Franzos führte u. a. aus: „Wenn wir als erste konkrete Grundlage für die Schaffung von präferenziellen Verträgen die Tatsache ansehen, daß solche Verträge vorläufig allein auf das Gebiet von Mitteleuropa beschränkt werden sollen, so können wir als die zweite Grundlage die Notwendigkeit ansehen, daß dem Entsprechenden der Industrievölker der landwirtschaftlichen Produzenten gegenüber ein annähernd äquivalentes Entgegenkommen der Agrarländer geboten wird. Die weitestgehende Schwierigkeit erwächst bei der Schaffung der Präferenzverträge aus der Meistbegünstigungsklausel, die derzeit einen integrierenden Bestandteil aller Handelsverträge bildet. Blaslovics führt in seinem Referat aus, es sei heute vorzüglich nicht nötig, daß die mitteleuropäischen Importländer ihren Bedarf an jenen Produkten, die die Agrarländer erzeugen, in erster Linie bei der Heberlei decken. Auch wenn diese Importländer ihren Bedarf bei den europäischen Agrarländern voll eindecken würden, hätten die Heberlei-Länder noch immer genügend Importmöglichkeiten.“

Die Bergler-Kläre spielte auch gestern in der tschechischen Presse eine große Rolle.

Einerseits antwortete Bergler in ausführlicher Weise auf die letzten Feststellungen des Außenministers, daß Bergler noch in letzter Zeit seine Reaktivierung im diplomatischen Dienst betrieben und auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Benes angestrebt habe. Bergler behauptet, daß man im Gegenteil im Namen des Außenministers an ihn mit ähnlichen Vorschlägen herangetreten sei und nur verlangt habe, daß er sich von Stříbrný löse. — Am Abend wurde der Presse wieder eine ausführliche Erklärung zugesendet, die von Dr. Klouda, Dr. Jar. Stranšky, dem Generalsekretär Seba und drei Redakteuren des „Česko-Slav“ geschrieben ist und in der ausführlich dargelegt wird, wie Bergler durch verschiedene Mittelsmänner seit Dezember des Vorjahres wiederholt an nationalsozialistische Vertrauensmänner wegen Vereinigung seines Konfliktes mit dem Außenminister herangetreten sei. Keiner der Unterzeichneten habe irgend eine Anregung zu Verhandlungen mit Bergler gegeben. Minister Benes habe kategorisch erklärt, daß es zu der vorgeschlagenen Einigung mit Bergler oder den angeführten Mittelspersonen nicht kommen könne und daß er ein solches Einverständnis nicht schließen könne noch werde. In einem Anhang konstatiert Dr. Benes selbst, daß er seine Initiative zu Verhandlungen mit Bergler gegeben und außer der ablehnenden Antwort an jene, die ihn über die Angelegenheit informierten, in keiner Weise in die Verhandlungen eingegriffen habe.

Tagesneuigkeiten.

Zu den Notstandsarbeiten.

In der letzten Zeit wurden für verschiedene Bezirke und Gemeinden Staatsbeiträge für öffentliche Notstandsarbeiten bewilligt, mit deren Durchführung jedoch bei der ungünstigen Witterung entweder überhaupt nicht, oder nur im beschränkten Maße angefangen werden konnte, so daß es nicht möglich sein wird, sie in der Zeit, für die der Staatsbeitrag bewilligt wurde, fertigzustellen. In allen solchen Fällen wird es notwendig sein, das Ministerium für soziale Fürsorge um die Verlängerung der Frist und in einzelnen Fällen wohl auch um Erhöhung des Beitrages zu ersuchen. Viele Bezirke und Gemeinden bereiten wohl auch noch weitere Notstandsarbeiten vor, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen sollen. Die Informationen darüber, wie die Gesuche verfaßt werden sollen und was bei ihnen notwendig ist, kann jede Bezirksanstalt für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung erteilen, weil alle diese Anstalten den diesbezüglichen Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge, Zahl 8500/III.E-1930 erhalten haben. Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes Nr. 71 1930, bzw. der Regierungsverordnung Nr. 79 1930, Z. d. G. u. S., wurde für den Bereich der 47 Bezirksanstalten für Arbeitsvermittlung im Bereiche der Landeszentrale für Arbeitsvermittlung für Nordböhmen in Reichenberg der Staatsbeitrag für 230 Arbeiter, für 1928 Personen, im Betrage von zusammen 3.853.1000 K bewilligt. Die Arbeiter für die öffentlichen Notstandsarbeiten müssen durch die genannten Bezirksanstalten aufgenommen werden, weil diese dann die Lohnlisten zu befüllen haben, abgesehen davon, daß sie verpflichtet sind, statistische Daten und Berichte über die Arbeitslosigkeit auf Grund der von ihnen geführten Evidenz aller Arbeitslosen vorzulegen.

Die Evidenz der Arbeitslosen

Im Zusammenhange mit der staatlichen Ernährungsaktion sowie mit anderen Unterstützungsaktionen.

Fast in allen Bezirken Nordböhmens wurde die sogenannte staatliche Ernährungsaktion auf Grund der Meldung der Arbeitslosen in den Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung durchgeführt, die in den meisten Fällen direkt, in einzelnen Fällen indirekt durch die Gemeinden erfolgte. Kechnlich geschah es auch bei einzelnen anderen Unterstützungsaktionen. Um ein genaues Bild der bisher Arbeitslosen zu erlangen und dementsprechend auch eventuelle weitere Schritte einleiten zu können, ersuchen die Bezirksanstalten alle Arbeitslose, sich in der Zeit vom 23. bis 28. März 1931 wenigstens einmal in der Anstalt zu melden und sich dort als Bewerber um Arbeits- oder Dienststellen einschreiben zu lassen. In den Gemeinden, wo die Meldung bisher durch die Gemeindevorstände erfolgte, kann dies auch jetzt geschehen, aber schon an den Tagen vom 23. bis 25. März, um diesen die Möglichkeit zu geben, längstens bis zum 28. März, einen entsprechenden Zummorbericht den Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung abzuliefern, welche sie hiermit um Unterstützung bei dieser im Interesse der Arbeitslosen geleisteten Arbeit bitten.

Die Schiffskatastrophe im Bismeer.

Die Zahl der Vermissten kleiner als befürchtet.

St. Johns, 18. März. Die Zahl der Vermissten auf dem durch Feuer vernichteten Robbenfänger „Viking“ scheint geringer zu sein, als man nach den ursprünglichen Meldungen annahm. Von der Gesamtzahl von 142 Personen, die die Besatzung des Schiffes bildeten, werden nach einer amtlichen Schätzung der Behörden heute früh nur noch 18 vermist. Man hofft, daß noch weitere Raubzylinder über das Treibeis auf der Insel angetrieben werden können. Der Dampfer „Beothic“ hat in einer Entfernung von 10 Seemeilen fünf Personen auf einer Eisinsel treibend und weitere fünf in einem kleinen Boot gefischt. Der Dampfer vermag aber erst bei Tagesanbruch irgendwelche Hilfsmittel zur Rettung dieser zehn Leute zu unternehmen. Auch ärztliche Hilfe und Lebensmittel für die Überlebenden auf der Insel können erst bei Sonnenaufgang gelandet werden.

Todesurteil gegen Tegner.

Negensburg, 18. März. Das Schwurgericht Kette nach einstündiger Beratung folgendes Urteil: Kurt Erich Tegner, der zur Erlangung einer hohen Versicherungssumme einen unbekanntem Handwerksburschen in seinem Auto auf der Landstraße verbrannt hatte, ist schuldig des Mordes in Tateinheit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetruges und eines Verbruches; er wird deswegen zur Todesstrafe, außerdem zu 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Seine Frau wurde der Beihilfe zum Mord in Tateinheit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetruges schuldig erkannt und zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Explosion im Sprengstoffwerk Vier Tote.

Wittenberg (Bezirk Halle) 18. März. In einem Vortankenschuppen des Sprengstoffwerkes Reinsdorf erfolgte heute vormittag bei Aufrau-

Rechtsanwälte als Zeugen.

Die Sensation des Wiener Mordprozesses Bauer. — Rechtsanwälte verdunkeln die Untersuchung.

Dienstag war der „große Tag“ des Mordprozesses gegen Gustav Bauer, der sich vor dem Wiener Geschworenengericht wegen der Anklage des Mordes an seiner Geliebten Katharina Zellner zu verantworten hat. Bauer leugnet bis heute, obwohl schwere Indizien gegen ihn sprechen und sein Alibi mehr als unstrittig ist. — Interessant für die Beurteilung krimineller Verfahren in unseren Tagen ist die Tatsache, daß der Fall längst geklärt wäre, wenn nicht von der Polizei und von der Öffentlichkeit selbst die Spuren verwischt worden wären. Die Polizei erklärte auf Grund ärztlicher Anträge, daß die falschen Zähne der Toten, bzw. ihr ganzes Gebiß ein ausländisches Erzeugnis seien. Dieses Gutachten war falsch. Das Gebiß der Ermordeten war in Wien hergestellt worden und auf Grund des Gebisses hat ein Wiener Zahnarzt sie identifiziert, aber erst nach Jahresfrist und nachdem ihm ein Zufall Kenntnis von der Art des Gebisses verschafft hatte. Würde das falsche polizeiärztliche Gutachten nicht gewesen, so hätte man in den ersten Tagen nach dem Mord die Tote zweifelslos identifiziert und den Täter mit Leichtigkeit ausfindig gemacht. Ferner frag aber zur Verdunkelung der Sache mit bei, daß wichtige Zeugen sich nicht gemeldet haben oder von den früheren Anwälten Bauers zurückgehalten wurden. Die Einvernahme dieser Anwälte gibt einen Einblick in ein trauriges Kapitel unserer Zeit, die aus den Trägern der „heiligen Berufe“ eben auch nur „Bürger“ macht. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt darüber:

Die richtige Sensation aber waren die Aussagen der Rechtsanwälte, die da am Nachmittag der Reihe nach aufmarschierten, der Kampf um die Glaubwürdigkeit des Chauffeurs Singer.

Der Mann hat schon in der ersten Verhandlung ausgesagt, daß er den Angeklagten am 17. Juli 1928, also am Mordtag, mit einer Dame nach Lainz geführt hat. Seine Aussage konnte er durch den Vorweis eines Tourenbuches, in dem die Fahrten regelmäßig und fortlaufend eingetragen werden, stützen. Nicht nur durch die Fahrten: er erinnerte sich genau, daß an jenem Tage, an dem er mit Gustav Bauer und einer Begleiterin nach Lainz fuhr, sein Schwager Ledner aus der Fischhofstraße in Wien war. Er erinnerte sich deshalb, weil er mit seiner Frau und seinem Schwager für den Abend des Tages eine Vereinbarung zu einem Theater- oder Kinobesuch getroffen hatte. Diese Vereinbarung wurde, weil er in Lainz auf Gustav Bauer warten mußte, gestört. Daß der Schwager am 17. Juli in Wien war, konnte wieder durch die Eintragungen im Päß einwandfrei festgestellt werden. Woran sich der Chauffeur nicht erinnert oder schlecht erinnert, ist, ob die Begleiterin Bauers Frau Deder, die er den Namen nach allerdings nicht kannte, oder eine andere, ihm fremde Dame gewesen ist.

Als er nach der Verhaftung Bauers die Eintragungen im Tourenbuch erwiderte, ging er mit dem Buch sofort zu seinem Anwalt.

Sein Anwalt ging wieder zu einem anderen Anwalt, es kam ein dritter, ein vierter, ein fünfter Anwalt dazu. Zunächst herrschte ob dieses Alibis eitle Freude, weil man der Meinung war, daß Frau Deder mit Bauer an dem Nachmittag in Lainz gewesen ist. Als sich aber herausstellte, daß Frau Deder um diese Zeit gar nicht in Wien war, sich das Entlohnungszeugnis in ein-

erungsbereitschaft eine Explosion, bei der vier Personen ums Leben kamen und zwei weitere verletzt wurden. Die Toten sind der Werkmeister, ein Schlosser und zwei Arbeiter. Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Sachschade ist nicht sehr erheblich.

Vermisste Stifahrerin. Aus Graslitz wird uns berichtet: Die Suche nach der seit dem 21. Jänner vermissten Planeter Stifahrerin Fel. Charlotte Steinhäuser, die allein nach Mühlstein bei Klingenthal gefahren war, um dort Skifort zu treiben, und die möglicherweise auch auf böhmisches Gebiet gekommen ist, wurde nun endgültig eingestellt. Es wurde alles Menschenmögliche unternommen, um die Verunglückte aufzufinden. Eine Gendarmereibteilung aus Rodewitz, eine Schneeschuhabteilung der Reichswehr, Suchkolonnen aus Karlsfeld und Jagersgrün und eine Abteilung von fünfzehn Mann Winterportieren aus Graslitz haben sich tagelang in selbstloser Weise bemüht die Vermisste aufzufinden, jedoch war es bei den großen Schneemassen unmöglich, auch nur eine Spur zu finden. Die Suche wird erst nach der Schneeschmelze wieder aufgenommen werden.

Während Millionen in Gendarmquartieren hausen. Aus Stiel wird berichtet: Die Germanianer hat die vom amerikanischen Milliardär Banderbilt bestellte Nacht „Alpha“ fertiggestellt. Die Nacht ist mit dem raffiniertesten Luxus ausgestattet. Der große Speisesaal überdeckt allen Prunk alter Fürstenschlösser. Die Wohnräume Banderbills und seiner Gäste sind mit Seide, Samt und Brokat ausgeschlagen. An die Schlafräume Banderbills und an die sechs Gastzimmer sind marmorne Badezimmer angebaut. Die Gesellschaftsräume sind mit kostbaren

Belastungszeugnis umwandelte, ließ man von dem Zeugen Singer und seinem Tourenbuch nichts mehr verlauten. Nur durch einen Zufall, durch ein Wirtshausgespräch, bekam die Polizei und das Gericht Kenntnis von diesem Beweismittel.

Gestern nun wurden die Anwälte, die Singer der Reihe nach einvernommen haben, selbst vernommen. Jeder mußte einen anderen Grund angeben, warum er es unterließ, die Behörden vom Vorhandensein Singers und dem Tourenbuch zu unterrichten. Der eine sagte, er glaubte dem Optimismus des Dr. Schönfeld, der meinte, die Enthüllung Bauers stünde ohnehin bevor, der andere sagte, er sei nicht dazu da, der Polizei Material zu liefern, ein dritter wußte wieder was anderes: alle aber sagten sie, die Rücksicht auf Frau Deder, deren Namen um keinen Preis der Welt genannt werden durfte, hätte sie zu ihrem Verhalten veranlaßt. Nach ihren Behauptungen hätte Gustav Bauer ihnen den strikten Auftrag erteilt, Frau Deder unter keinen Umständen zu nennen.

Es waren nicht gerade erquickliche Dinge, die durch die Aussagen der Rechtsanwälte zutage gefördert wurden. So fuhr der eine von ihnen offiziell nach Berlin, um nach dem Stand der Untersuchung zu sehen; er spricht dort mit dem die Untersuchung führenden Polizeirat Gennat, der also zweifelslos auch eine offizielle Persönlichkeit ist, teilt ihm aber, wie er behauptet, nur „unoffiziell“ und so „nebenbei“ die gewiß nicht unwichtige Tatsache von der Aufklärung des Zeugen Singer mit. Der Dr. Kurt Bilzer wieder ladet die Frau Deder aus Garmsisch-Partenkirchen zu sich zu einer Unterredung ein. Er hat sie bisher, wie er sagt, nicht einmal dem Namen nach gekannt, Frau Deder kommt in der Früh nicht in seine Kanzlei, sondern in seine Privatwohnung, stellt ein Bügeleisen mit Hartspiritus auf den Tisch und er läßt sie dort ruhig stehen, denn, so sagte er, das Bügeleisen habe ihn nicht interessiert. Als ob es die alltäglichsten Dinge von der Welt wären, daß unedelmütige Damen bei Besuchen Bügeleisen und Hartspiritus mitbringen und stehen lassen. Ein dritter Anwalt gab an, daß Singer, der von ihm verhört wurde, das erstemal erzählte, Bauer sei vom Tiergarten vollkommen durchnäht; und allein zurückgekommen. In dieser Wiederberga: der Darstellung Singers aber, so meint er, da er gestern als Zeuge vernommen wurde, habe er sich zweifelslos geirrt oder aber diese Aussagen seien ihm, dem Rechtsanwält und Kriminalisten, vom Untersuchungsrichter geradezu in den Mund gelegt worden.

Man muß sich vorstellen, daß es sich hier nicht um Rechtsanwälte, sondern um die Hilfsarbeiter Berger, Schneider und Schmid handelt. Die hat man wohl, hätten sie das Tourenbuch nicht der Polizei vorgelesen oder hätten sie das Bügeleisen bei sich aufbewahrt, ganz anders angepaßt.

Am merkwürdigsten war aber wohl die Aussage jenes Anwaltes, der mit einem Kassiber des Angeklagten zu dessen Schwager ging und Geld dafür verlangte, der also seine Tätigkeit auch auf die Beförderung von Kassibern ausdehnt. Aus der Selbstverständlichkeit, mit der er diese Aussage abgab, konnte man fast der Meinung sein, daß er die Beförderung von Kassibern zu den advokatorischen Pflichten zählt.

Sicherschnitzereien ausgestattet. Eine besondere Lebenswürdigkeit sind die Kühlräume und die Küche, in der nur elektrisch gekocht wird. Zur Fortbewegung der Nacht dienen zwei Dieselmotoren mit zusammen 4000 PS. Die Besatzung der Nacht besteht aus siebzehn Offizieren und Matrosen. Die Luxusnacht repräsentiert einen Wert von etwa 320 Millionen Kronen.

Schiffsuntergang. Der in Glasgow bebaute kleine Dampfer „Citrus“ scheiterte Mittwoch früh am Kap Pradda an der südwestlichen Küste der Insel Man. Von den zehn Mann der Besatzung konnten zwei schwimmend das Ufer erreichen, die übrigen acht werden noch vermisst. Infolge des dichten Nebels wurde das Unglück vom Lande aus nicht bemerkt, man erfuhr erst davon, als die zwei Geretteten, die die Nacht auf den Klippen verbracht hatten, den nächsten Hafen, Port Erin, erreichten. Sie konnten nichts über das Schicksal der acht Vermissten aussagen. Ein Rettungsboot befindet sich auf der Suche nach ihnen.

Ein Chaplin-Imitator. Der hellenlose Artst Johann Schödel erregte Mittwoch vormittags in Wien großes Aufsehen, als er in naturgetreuer und zum Verwechseln ähnlicher Kostürierung als der gegenwärtig in Wien wellende berühmte Charlie Chaplin durch die Straßen der Innenstadt spazierte. Er begab sich schließlich in das Hotel Imperial, wo er im zweiten Stockwerk angehalten wurde; er erklärte, ein Bruder Chaplins zu sein. Man schenkte ihm jedoch keinen Glauben und wies ihn aus dem Hotel. Bei der Polizei gab Schödel an, er habe bereits des öfters im Prater bei verschiedenen Vorstellungen Chaplin imitiert und wolle durch sein Auftreten nur die Aufmerksamkeit Chaplins auf sich lenken.

Bom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:
 Prag: 11.30, 13.15 und 16.05 Schallplatten, 16.30 Violinmusik, 18.30 Deutsche Sendung: G. Ursida, Vortragsung von Familienaffären, C. Heigl: Straßentänze, ein Kapitel sozialer Fürsorge, 19.05 Schallplatten, 19.15 Wiederholung, 20.30 Konzerte, 22.20 Leichte Musik. — Brünn: 11.30 und 13.15 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Nachrichten, Prof. Dr. J. Müller: „Keltische deutschböhm. und tschechische Literatur.“ IV. „Der Humanismus in Böhmen u. d. Reformationszeit.“ — Pilsen: 11.30, 13.15 und 16.05 Schallplatten, 16.30 Violinmusik. — Breslau: 20.15 „Madame Butterfly“, Oper von G. Puccini. — Heilsberg: 21.05 Sinfoniekonzert. — Köln: 20 bis 20.55 Meister der Operette. — Rüdolstadt: 19.45 Handharmonika-Konzert, 21. „Alicia“, Oper von G. F. Händel. — Wien: 13.10 Sinfoniekonzert, 20.35 Oper, vollst. Auff. im Wandel der Zeiten. — Paris: 21.45 Kammermusik. — Rom: 21.35 Konzert.

Die Afrika-Fliegerin Ely Beinhorn ist nach Beendigung der wissenschaftlichen Expedition Ende voriger Woche mit ihrem Klemm-Flugzeug von Bissau nach Kayes in französisch-Senegal gestartet. Sie überfliegte die über 600 Km. lange Strecke, die zum großen Teil über unbesiedelte Gebiete führt, in knapp fünf Stunden. Am Montag setzte sie ihren Flug nach Bamako fort, wo sie am Nachmittag eintraf. Ely Beinhorn befindet sich damit bereits über 1000 Km. im Inneren Afrikas. Sie dürfte voraussichtlich im Laufe des Mittwochs Timbuktu am Niger erreicht haben, von wo sie dann den Flug über die Sahara antreten wird.

Der Flieger Ernst Udet, der infolge Brennstoffmangels mit seinem Apparat unweit Malakal, einer kolumbischen Insel, notlanden mußte, wurde von dem englischen Flieger Campbell entdeckt. Eine Hilfsexpedition ist von Caprium aus unterwegs.

Systematische Krebsforschung in Oesterreich. In der Jahresversammlung der Oesterreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung und Erforschung der Krebserkrankung bezeichnete Professor Dr. Burghard Breitter als nächste große Aufgabe der Oesterreichischen Krebsforschungs-Gesellschaft die Registrierung aller Krebserkrankungen im Bundesstaate und die Veranlassung aller Ärzte zum genauen Studium des Erbanges des Karzinoms, der Bedeutung der Ernährung und des Einflusses der Gelegenheitsursachen. Der Frankfurter Professor Fischer-Wolfs erklärte, die Theorie der parasitären Entstehung der Krebserkrankung habe sich als falsch erwiesen, aber auch die Annahme von äußeren Reizen als Ursache der Erkrankung könne nicht wissenschaftlich erklärt werden, weil die Entstehung des Krebses offensichtlich infolge lokaler Vorgänge und allgemeiner Dispositionen an einem eigenartigen Krankheits-Lebensvorgang geknüpft ist. Offenbar ist die Krebsdisposition in Stoffwechselstörungen zu suchen. Die Krebszelle zeigt eine stark verminderte Atmung und stark gesteigerte Gärung. Der Fortschritt in der Behandlung der Krebserkrankung liegt in der Befähigung der allgemeinen Krebsdisposition beim Menschen.

Ein Dorf überfallen. 20 maskierte Räuber überfielen in der Nacht zum Dienstag die in der Bukowina gelegene Dörfergemeinde Balcov, besahen alle Zugänge zu dem Ort, raubten das Gasthaus und den Kaufmann aus und führten ohne Gegenwehr mit der Beute davon. Das Dorf Balcov besitzt keinen Gendarmereiposten.

Kriegerfeuer auf Sumatra. Auf der zur sumatranischen Halbinsel gehörenden Pflanzung Anhemia brach aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, das 3 große Lagerhäuser, 80 kleinere Gebäude und 1 Lichtspieltheater zerstörte. Nur der Selbstopferung der Ratten war es zu danken, daß nicht auch noch ein großes Benzinlager der Batavischen Petroleumgesellschaft in Brand geriet und explodierte. Die Wohnbaracken der Arbeiter mußten geräumt werden. Der Sachschaden beträgt 300.000 Gulden.

Road und Selbstmord. In Gletzig erschöß ein 58jähriger Gastwirt seinen siebenjährigen Sohn. Dann nahm er sich selbst durch Gift das Leben. Finanzielle Schwierigkeiten bilden das Motiv des Verbrechens.

Das Stratosphären-Flugzeug. Demnächst soll das geheimnisvolle Stratosphärenflugzeug der Schweizer-Jurgenwerke erstmals starten. Die ersten Flüge sollen etwa 12.000 Meter hoch führen, später 16.000 Meter. Der motor für große Dauer- und Geschwindigkeitsflüge gebaute einmotorige Metallflieger hat eine Spannweite von 28 Metern und ein Gewicht von rund 4000 Kilo. Die Besatzung wird in einer luftdichten doppelwandigen Höhenkammer untergebracht, deren Druckhaltung und Lufterneuerung durch einen Kompressor herbeigeführt wird. Die Steuerung und das Triebwerk erfolgt mit Hilfe Lichtschalt nach außen gerichteter Bedienungsvorgänge von der Kammer aus.

„Graf Zeppelin“ korbberit. Ab 23. März wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ von neuem korbberit sein. Das Luftschiff ist vollkommen überholt worden; Gaszelle, Gaszellen und Hülle wurden kontrolliert; am Montag begann die Füllung. Die erste planmäßige Reise wird am 28. März nach Budapest stattfinden. Anlässlich dieser Reise, die im Auftrag des ungarischen Automobilklubs ausgeführt wird, gibt die ungarische Postverwaltung Sonderbriefmarken heraus.

„Do X“ 2 bald fertig. Die die Tornierwerke mitteilen, wird voraussichtlich Ende März das zweite Tornierflugschiff fertiggestellt sein und mit den Probeflügen beginnen. „Do X“ 2 wird ebenfalls „Do X“ 3, das sich gleichfalls im Bau befindet, mit 12 italienischen 600 PS-Flugmotoren ausgestattet sein.

Die Kalkfoppenbaude vernichtet. Durch ein in später Abendstunde ausgebrochenes Schadenaufener wurde wie aus aus Hohenelbe gemeldet wird, die als Ausflugsstätte bekannte Kalkfoppenbaude in Oberlangenau eingestürzt. Das zum größten Teil aus Holz hergestellte Gebäude wurde mit der gesamten Inneneinrichtung bis auf die Grundmauern ein Opfer der Flammen, da die Entlegenheit des Objektes eine zeitgerecht einsetzende Rettung unmöglich machte.

Sechs Personen verstorben. An einer Lungenkrankheit hat eine Schneelawine ein ganzes Hotel unter sich begraben. Mehrere Personen verunglückten tödlich.

Ein Friedhof aus der Bronzezeit. Die Expedition des Professor Garstank entdeckte auf den Trümmern des Dorfes einen alten aus der Bronzezeit, etwa 3000 Jahre vor Christi, stammenden alten Friedhof. Insbesondere eine mit einer großen Menge von Gegenständen reich geschmückte Grabstätte ist gut erhalten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Für die ausgesteuerten stellenlosen Angestellten.

Nicht nur hunderttausende von Arbeitern, auch zehntausende von Angestellten sind arbeitslos. Bei vielen Angestellten dauert die Stellenlosigkeit schon so lange, daß sie nicht nur mit der Unterstützung nach dem Gesetz rechnen, sondern auch mit der Stellenlosenunterstützung der Pensionsanstalt ausgesteuert sind und ohne jedes Einkommen dastehen.

Auch die Gewerkschaft unserer Privatangestellten, der „Allgemeine Angestelltenverband“ Reichensberg, hat an Arbeitslosenunterstützung bereits ganz bedeutende Summen ausgegeben. Die Stellenlosenunterstützung betrug im Jahre 1927: 462.883 K., im Jahre 1928: 513.179 Kronen, im Jahre 1929: 595.576 K. und im Jahre 1930 1.892.850 K. Daß sich die Anforderungen an die Unterstützungsleistungen des Verbandes auch weiterhin auf ansteigender Linie bewegen, zeigt der Umstand, daß während im Dezember 1930 die Summe der ausgezahlten Unterstützungen 223.165 K. erreichte, die Unterstützungssumme im Jänner 1931 auf 345.312 K. und im Februar 1931 auf 348.411 K. anstieg.

Da nun die Ansprüche an den Verband, den Staat und die Pensionsanstalt bei vielen Stellenlosen erschöpft sind, hat der Zentralvorstand des Allgemeinen Angestelltenverbandes in seiner am 28. Februar und 1. März abgehaltenen Sitzung beschlossen, jenen Mitgliedern, die ausgesteuert sind, eine Sonderunterstützung zu gewähren. Um dies zu bewerkstelligen, richtet der Zentralvorstand an alle in Stellung befindlichen Mitglieder den dringenden Ruf, in den sechs Monaten vom 1. April bis zum 30. September 1931 außerordentliche Beitragszuschläge zu entrichten, die 3 bis 5 K. monatlich betragen.

Gerichtssaal.

Der „Liebesohn“.

Prag, 18. März. Diese kleinen, jedoch meist in einfachen Verhandlungen rund um die häusliche Liebe, wie das gräßliche Spießbürger-schlagwort lautet, werden gewöhnlich zu furchtbaren Anklagen einer bis ins Innerste verlogenen Gesellschaftsmoral, die ihre soziale Bestie erst ermächtigt und nährt und sie dann mit heuchlerischem Augen-ausschlag oder zynischem Grinsen verkleinert.

Ein Musterbeispiel: Auf der Anklagebank sitzt ein schwächliches, alterndes „Freundmädchen“, bei ein Kunde vor dem mehrfachen „Genuß“ eine Hundertkronennote geschenkt hat, um sie ihr später wieder wegzunehmen (was durchaus keine Sellenheit ist). Sie zog ihm, als er schlief, die Banknote wieder aus der Westentasche, wohin er sie gesteckt hatte und fand dabei noch eine Menge Geld (300 K.). Sie nahm alles und lief davon.

Sie kaufte sich einige Bücher, den Rest übergab sie ihrem Geliebten, dem sie offenbar vollkommen ergeben und huldig ist. Er ist bereits gleichfalls hinter Schloß und Riegel. „Bitte, er wachte nicht, daß ich es gestohlen hatte“, sucht sie ihn zu decken. Sie ist reiflich gelübtig.

Der Zeuge ist entsetzt. Kein Wort ist wahr! Im Gegenteil, er hat ihr selbst 20 K. gegeben. Wobei er sich offenbar als gütiger Mensch und eher Spender vorstellt.

Sie bekam sieben Monate schweren Kerkers. Nachdem sich der Gerichtshof zur Beratung zurückgezogen hat, meint sie. Ein nutz- und hoffnungsloser Verzweiflungsausbruch! Schluß? — Wir sollten in solchem Zusammenhang dieses Wort erst dann in den Mund nehmen, bis alle Menschen, die den Willen haben, sich endlich durchzubringen, auch die Möglichkeit dazu finden. Wer nicht!

Ein Riesen-Unterdrückungsprozeß

bei der Staatsbahnverwaltung.

Prag, 18. März. Heute begann vor dem Senat des OHR Kaiser die Verhandlung gegen den 57jährigen Beamten Josef Hfibel und den Kaufmann Josef Tefak, die zusammen das Bahndar um 198.000 K. geschädigt haben. Die Manipulationen gingen davon aus, daß Hfibel, der dem Sanitätsrat zugeordnet war und die Einkäufe für die Krankenstellenbesorger besorgte und liquidierbare Bestellungen gab, die von Tefak nicht ausgeführt, aber berechnet und von seinem Komplizen honoriert wurden, Tefak hatte ursprünglich gestanden, daß aber

später das Geständnis zurück und will seinem ehemaligen Geschäftsfreund nun die Alibirolle aufbürden. Es kam bei der Konfrontation der beiden zu heftigen Aufritten. Die Verhandlung, die demnächst manches Interessante bringen wird, wurde Johann vertagt.

Zwischen den Vaterländern.

Das Schicksal eines heimatischen Arbeiters.

Prag, 18. März. Die heutige Strafverhandlung vor dem Senat des OHR, Hellriegel macht einen endgültigen Strich durch die Hoffnung eines arbeitenden Menschen, im Laufe von zehn Jahren eine neue Heimat gefunden zu haben. Igor Grabko, ein Russe aus Sibirien, hat seine Heimat seit über 20 Jahren nicht gesehen. Aktive Militärzeit, Kriegsausbruch und Felddienst, endlich Gefangennahme und Internierung in einem tschechischen Lager. Er befreundete sich schnell mit den tschechischen Leidensgenossen, nimmt den tschechischen Namen Ferdinand Gladky an, unter dem er nach der russischen Revolution lebt und den auch alle seine Dokumente und Zeugnisse aus Rußland tragen. 1921 kehrt er zurück — nicht in die befreite Heimat, wo der polnische Terror schrecklich unter den Ukrainern wütet, sondern nach der Tschechoslowakei. Er hat zu Hause weder Besitz, noch Verwandte. Selbst die Sprache hat er fast verloren, Polnisch kann er gar nicht, das Tschechische ist ihm zur Umgangssprache geworden. Natürlich schiebt man ihn aus der tschechoslowakischen Quarantänestation mit einem Ausweisungsbefehl sofort zur

Grenze ab, wo ihn die Gendarmen aber mitleidigerweise nicht der polnischen Grenzschutz übergeben, sondern einfach auffordern, die polnische Grenze zu überschreiten. Er kehrt gleich wieder um und gelangt glücklich nach Böhmen. Hier arbeitet er in Prag, dann in Malechitz bei Prag ganze zehn Jahre, lebt ordentlich, genießt den besten Ruf, und freut sich wieder eine Heimat zu haben.

Nach zehn Jahren erschließt er sich, um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Das polnische Konsulat stellt ihm einen Pass auf seinen richtigen Namen Igor Grabko aus. Er hat gar nicht bedacht, daß alle seine Zeugnisse und früheren Papiere auf Ferdinand Gladky lauten. Und nun begeht er eine verhängnisvolle Torheit. Er selbst ändert seinen Pass (in beispiellos ungeachteter Weise) und legt ihn seinem Staatsbürgerchaftsamt vor. Ein Bild des Gendarmen genügt und das Manöver wird aufgedeckt. Natürlich ist ihm nicht entfernt eingefallen, daß er damit das Verbrechen des Betruges begangen hat. Er hielt sich vielmehr für durchaus berechtigt, diese „Richtigstellung“ (wie er meint) selbst zu machen.

Das Urteil: drei Monate schwerer Kerker, nach deren Verbüßung er der Polizeidirektion übergeben wird, die ihn den polnischen Grenzpolizisten zuführen wird. Nach 20 Jahren kehrt der alternde Mann in ein fremd gewordene Heimat zurück, in ein neues „Vaterland“, das ihn als Anekdote einer verlogenen Minorität verächtlich würdig empfangen wird. Alles war umsonst! — rb.

Jean Galmot oder die Kreolenseele.

Ein Negerprozeß vor den Geschworenen in Nantes. — Jean Galmot's seltsame Laubhahn. Die „Rum-Affäre“. — Ein Opfer kapitalistischen Mammutambles? — Wahlkampf in Cayenne. — Galmot's Enje und die Radie seiner Anhänger. — Die Negerseele zeigt sich uns.

Nantes, den 12. März 1931.

Ein seltsamer Prozeß spielt sich seit dem verflochtenen Montag vor dem Schwurgericht von Nantes ab. Ein Prozeß, der an manchen Einzelheiten an den Film King Vidors: „Halleujah“ erinnert, diesen bemerksameren amerikanischen Film, der scheinbar einen ersten Beitrag zur Erschließung des Seelenlebens der schwarzen Rasse bildet. Bestallt mit dem Kindergehalt, religiöse Spannungen, die eng verknüpft sind mit elementaren Entladungen des Segns, Güte und Anhänglichkeit, die sozialistische Idealen der heutigen Welt darstellen, aber glaube in finsternen Mischungen, und über allem der weitausholende, aus fernem, sehr dunklen Horizonten hervorrollende Wellenschlag noch nicht in Schärfer geprüfter Leidenschaft. Das King Vidor mit seiner in ihrer Natürlichkeit gewaltig wirkenden Wasserzeichen zu erreichen verflucht: einen Scheinmerkerfeld während einiger flüchtiger Augenblicke auf die sich uns in den letzten Jahren zu erscheinende beginnende Negerprozeß zu werfen, erleben heute die Geschworenen des Schwurgerichts von Nantes, die wohl noch während weitem acht Tagen sich auf den vor einem jeden von ihnen liegenden Landkarten von Guyana auf diese ferne, sonnendurchbrütete südamerikanische Inselwelt träumen dürfen. Sich hineinträumen dürfen in dieses seltsame Menschengebiet vor großen Kindern und entlassenen, aber für lange Jahre, wenn nicht für immer nach dieser Hölleinsel verbannten französischen Schwerverbrechern, das

Cayenne, die Sonnenküste.

aufweist, in diese glühenden Urwälder und die politischen Schlingpflanzen lauern den Sämpfe, denen tödliche Fieber entstehen. Vielleicht haben einige von ihnen die wilden, großen Gebiete dieser unbarmherzigen Landschaft gelesen, die einer schrieb, der sie leidenschaftlich liebte, der ihr voll und ganz verfallen war, der ein Romancier war, welcher zuerst keine Romane mit grauenerregender Kühnheit im Leben selbst aufbaute und der dieses Leben in Höhen und Tiefen aufkostete, die die besten seiner Romane nicht zu erreichen vermochten: Jean Galmot, der einzige Journalist, Dichter, Romancier, Kolonialabenteurer, Importhändler, Großindustrielle, Kriegsleiter, der Abgeordnete der französischen Kammer, der ungeliebte König von Guyana, der Entschlossene, Verarmte, der keine Angestellte, der nochmals den Kampf anzunehmen versuchte und der schließlich — vergiftet, nahm er an — aus dem Leben schied, das ein mehr als eigenartiges war, und dessen Tod jene furchtbare, grauenerregende rächen, deren vergiftetes Jdol dieser Mann war. Bierzehn Kreolen und Kreolinnen und auch einige Weiße sitzen in Nantes auf der Anklagebank, beschuldigt, die durch den Tod Jean Galmot's erzeugten Parteigänger dieses ihres „Vaters und Wohlwärters“, wie sie ihn immer wieder nennen, zu schrecklicher Lynchjustiz aufgereizt und angeführt zu haben. Weil man fürchtete, daß der Prozeß über diese blutige Leichenfeier Jean Galmot's in Cayenne neue Unruhen, neue Morde zur Folge haben würde, transportierte man Angeklagte und Zeugen aus der fernen französischen Kolonie nach Nantes, das nun gegenwärtig diesen seltsamen Prozeß erlebt.

Nimmer und immer wieder sprechen sie mit Regerrücklichkeit vom

„Papa Galmot“

und von der Krankheit, die sie überfiel, als sie am 6. August 1928, einige Wochen nach der wie ein großes Fieber durchlebten Wahltscheit am den Kammerherrn von Cayenne, die Kunde vom plötzlichen Tod Galmot's erreichte. Vor fünfundsiebenzig Jahren war er zu ihnen gekommen, Keiner kannte ihn. Der noch junge Mann hatte im fernen Frankreich eine kurze Journalistenlaufbahn hinter sich. Als er an einem südfranzösischen Ort diese Laufbahn begann,

die ihn recht weit führen sollte, wachte er bereits mit „außerordentlichen“ Mitteln die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Stoffmangel führte den jungen Reporter dazu, eines Tages einen grausenhaften Raubüberfall in allen Einzelheiten zu erfunden. Während acht Tagen hielt er zwischen Marseille und Nice die Bevölkerung in größter Spannung und ein Gendarmenrevue auf allen Wegen und Straßen, um die Räuberbande abzufangen. Dann deckte er seine Karten auf. Er wurde für acht Tage eingesperrt mit dem Strafauftrag, während dieser kurz bemessenen Frist einen Roman zu schreiben. Der aus der Haft Entlassene hielt das fertige Romanmanuskript: in der Hand. Damit begann seine zweite Laufbahn: die des Romanciers Jean Galmot. Um die dritte zu beginnen, schiffte er sich, jung und mittellos, um 1905 nach Guyana ein. Mit Rosenholzhandel begann er. Auf einer Ruhestätte verfrachtete er selbst das Holz über den Ozean. Während er Romane schrieb, wuchsen seine Geschäfte. Bis zu seinem Tod erklärte er diese keine Kolonie als die Goldgrube Frankreichs, welches sie völlig verkenne und nichts von den gewaltigen Schätzen wisse, die im gigantischen Urwald zu heben seien. Er hob einige dieser Schätze, denn einige zehn Jahre später fand er an der Spitze einer der größten Rumgesellschaften der Welt, die er in Cayenne aus dem Boden gestampft in Frankreich haben seine eigenen Eisenbahnmagnons, auf Guyana flogen seine eigenen Flugzeuge, in den Häfen erhoben sich seine Lagerhäuser, im Périgord erwarb er sich ein Schloß, und als der Krieg vorbei war und die „Siegestammer“ des Vize-Rational gewährt wurde, zog er, der während des Krieges der Lieferant des Offensiv- und Sieges-Schnapses gewesen war, in die Kammer ein. Dieser letzte Triumph Jean Galmot's, des einstigen unbekanntesten Journalisten, war aber bereits die erste Station seines Lebensweges.

Wird je volle Klarheit über die Projekte Galmot

geschaffen werden, welche die Erlöse dieses Mannes vernichteten, von dem man heute wirklich nicht mehr weiß, nachdem dieser Tage die erste Biographie, von Blaise Cendrars geschrieben, in Buchform erschien, ob man ihn unter die großen Kolonialpioniere und Kriegshelden reihen soll, oder ob wirklich seiner Person etwas Apokalyptisches anhaftete, das diese Alchimie fast kindhafter Anhänglichkeit unter den Eingeborenen und den entlassenen Sträflingen schuf, ob man ihn unter die großen kapitalistischen Ausbeuter und Kolonialgäurer oder unter die Opfer noch größerer Blünderer, Ausbeuter und Schieber, denen sein System ein Dorn im Auge war, reihen soll. Der große Sturm auf Galmot wurde in der Kammer selbst durch die berühmte Vertragskommission eingeleitet, welche die Kriegslieferungsverträge nachprüfen und die großen Betrüger der Lieferungsindustrie fassen sollte. Es wurde ihm vorgeworfen, einige fünfzehn bis dreißig Millionen Franken an der Grippe-Epidemie im Oktober 1918 verdient zu haben. Alle seine Kumbstzettel wurden damals von der Generalverwaltung beschlagnahmt, während die seiner Konkurrenten unangestastet blieben. Diese Requisition des Galmot-Rums, erklärte der Berichterstatter der Kommission, erfolgte auf Beamtenbestellung hin. Galmot; versuchte im Gegenteil auf der Kammertribüne nachzuweisen, daß diese Maßnahme der erste wohlaußgelegte schmerzliche Bereich war, der gegen seine Firma dadurch geführt wurde, da man ihm nicht für einen Franken Ware mehr in einem Augenblick ließ, da er Förderungen, die auf acht Millionen lauteten, die Strich bieten mußte; daß seine Ware während einer Pause-Epoche beschlagnahmt blieb und in der Pause-Epoche freigegeben wurde. Ueberzeugte er die Kammer von seiner Schuldlosigkeit? Fast einstimmig: 574 auf 577 Abgeordnete einschließlich aller sozialistischen Abgeordneten, wollten nicht von einer Verfolgung Galmot's wissen.



Frischer Mund und reine Zähne! KALODONT

In seiner Verteidigungsrede auf der Kammertribüne hatte dieser neue Abgeordnete schwerwiegende Beschuldigungen erhoben: gegen den berüchtigten und bald darauf entlarvten Unterschaatssekretär des Verpflegswesens, den großen Kornhändler Vilgrain, dem er vorwarf, seinen Ruin und seine Ausschaltung vom Markt mit allen Mitteln zu betreiben. Spielte sich um ihn und um das, was er so stolz sein „Wert“ nannte,

Der große Profitkampf des Kapitalismus

ab, dem er schließlich erlag? Operierte er nicht selbst mit den zweifelhaftesten Mitteln? Fest steht, daß kurz nach dieser „Rum-Affäre“, wie sie damals genannt wurde, einige Banken gegen Galmot zu marschieren begannen: angebliche Wechsel. Er wurde verurteilt. Während Monaten war er in Untersuchungshaft gefesselt. Seine Firma war zusammengebrochen. Ueber zwanzig Millionen Kriegsschulden forderte der Staat von ihm. Er zahlte. Er arbeitete als Angestellter in einer anderen Fabrik. Er wollte von neuem beginnen. Seine politische Laufbahn war infolge seiner Strafe vorläufig unterbrochen. Er nahm einen seltsamen Mann mit nach Cayenne, als er bei den Kammerwahlen von 1928 seinen Nachfolger, den Pariser Journalisten und, wie die Dufresne-Affäre zeigt, sehr geschäftstüchtigen Eugène Lautier zu schlagen hoffte: den in einer andern Affäre, der Danau-Affäre später bloßgestellten Revolverjournalisten und Espresso großen Stils: Georges Anquetil. Lautier schien trotzdem der Gefühlsere geistes zu sein: ihm wählten auch die Toten, und seine Wahlschwindscheit wurden von den Gendarmen gefolgt. Die Erregung in Cayenne war nach dieser Wahl aber derart groß, daß Lautier flüchten mußte. Sein Wahlmörder, der Bürgermeister von Cayenne, wurde von den Anhängern Galmot's zur Demission gezwungen und die Galmot-Liste wurde in Cayenne gewählt. Galmot, der wieder in „seiner“ Kolonie juristisch war, führte den ganzen Kampf. Man wachte, daß ihm nach dem Leben getrachtet wurde. Ein Prüfungsausschuß wurde ernannt, das seinen persönlichen Schutz organisieren sollte. Im August 1928 lag er unter schweren Krämpfen im Spital von Cayenne. Bevor er starb, zickelte er seine Gegner, ihn vergiftet zu haben. Die erste Untersuchung lautete auf Giftmord. Die zweite verurteilte ihn. Sein Herz, das nach Frankreich zur Untersuchung geschickt wurde, verfiel auf ebenso geheimnisvolle Weise, wie das Manuskript seines letzten Romans.

Als sein Tod in Cayenne bekannt wurde, brach dort ein richtiger hysterischer Aufstand aus.

Wohnsituationen

spielten sich ab: die Eingeborenen erklärten, daß er hauberte; zum Opfer gefallen sei. Ein Friedhofswächter, der als spezialisiert verfahren war und zu den Gegnern Galmot's zählte, Paroy, ein Generalrat, Bourgaire, ein Arzt, Jean, ein Zeitungsbesitzer, Guber, und zwei weitere Parteigänger Lautiers, wurden gefoltert und mit Säcken erdrückt. Die „Kinder Galmot's“, wie sie sich nannten, hatte Nordausgang erfaßt. Sie wollten „Papa Galmot“ rächen. Ihre Rache war von beispiellosen Grausamkeiten. Bis ins Gefängnis drangen sie ein, wo sie, unter den Augen der ohnmächtigen Gefängniswächter, den Arzt Jean zu Tode prügelten, der dort Schutz vor der ihn verfolgenden Meute gesucht hatte. Der im Spital von Cayenne auf dem Totenbett lag, dem sie ein Millionenvermögen ersanden hatten, hatte sich ihnen gegenüber anders benommen als alle die übrigen großen Kolonisten: er zahlte ihnen weit höherer Löhne, er hatte Gewinnanteil eingeführt, er war menschlich zu ihnen gewesen und hatte sich stets um sie und ihre Kinder gekümmert. Der Kolonialausbeuter mit humanerem Benehmen war für sie ein Messias geworden.

Es ist oft fast vierzig, zu sehen, wie sie sich heute verteidigen, diese vierzig schwarzen und halb-schwarzen Bürger der Verdammten-Insel, die in Nantes auf der Anklagebank sitzen. Wegen einer der angeklagten Frauen war zu Beginn der Untersuchung eine andere Frau als Zeugin aufgetreten, kurze Zeit nachher aber gestorben. Die Angeklagte gab dem Gerichtsvorsitzenden die unwiderlegbare Anklage dieses Todes: weil sie gelogen hatte, hat Gott sie mit dem Tod bestraft! Redlich lauten die meisten Verteidigungsversuche dieser ein äußerst buntes französisch sprechenden Angeklagten.

Der Prozeß von Nantes,

der ein Abenteuerleben nochmals aufrollt, gewährt gleichzeitig auch einen tiefen Einblick in die Kreolenseele. Sie haben Galmot geliebt, weil er gut zu ihnen war und sie nicht begandete, wie die übrigen Ausbeuter dies taten; sie bestraft die „N. n. meißer“, weil sie ihren Wohlthäter beraubten! Für sie liegen die Dinge so einfach. Sie bilden sich hinter die Kulissen dieser großen Politik, auf deren Bühne sie ihre noch so unschuldigen Leidenschaften sich austoben ließen. Werden aber wir, die wir etwas mehr von den Russen-Juristen wissen, nach Ablauf des Prozesses das kapitalistische Zwischen-spiel besser verstehen, das mit Galmot's Tod seinen Abschluß fand? Galmot's Gegner, Eugène Lautier, soll in der kommenden Woche vorgelesen werden. Ueber die Hauptpunkte der Affäre wird er wohl ein sehr verständliches Schweigen bewahren.

